

# Energiepreise runter!

Für eine soziale  
Energiewende

© OFC Pictures - stock.adobe.com

**Die Linke**

Fraktion im  
Sächsischen  
Landtag



## Für ein bezahlbares Leben: Preise runter

Grundnahrungsmittel brauchen alle – viele Menschen im Niedriglohnland Sachsen kämpfen mit den hohen Preisen etwa für Lebensmittel und das oft trotz Vollzeitjob. Wir fordern Entlastung, die bei den Richtigen ankommt!

Es kann nicht sein, dass Menschen sich nicht die Lebensmittel leisten können, die sie brauchen, und gleichzeitig steuerfinanziert die Gewinne der Konzerne steigen. Insbesondere die Mineralölkonzerne machen Milliarden Zusatzgewinne auf Kosten der Allgemeinheit. Hohe Kraftstoffpreise erschweren nicht nur Pendlerinnen und Pendlern das Leben, sondern sie treiben das Preisniveau insgesamt hoch. Auch die Explosion der Energiepreise trifft die ärmeren Bevölkerungsschichten besonders hart, ihnen fehlen Alternativen – denn sie bestimmen nicht die Art, wie ihre Wohnung geheizt wird, sie können keine effizienteren Geräte kaufen und das Auto nicht stehen lassen.

Es ist nicht hinnehmbar, dass Menschen kaum ihre Wohnung heizen und ihr Auto volltanken können, selbst dann nicht, wenn sie vierzig Stunden pro Woche und mehr arbeiten. Die Staatsregierung muss sich dafür einsetzen, dass sich alle gesund ernähren können, mobil bleiben und niemand frieren muss. Auch wer wenig Geld hat, muss die Chance bekommen, klimafreundlicher zu leben.

### Deshalb fordern wir:

- Nur sieben Prozent Mehrwertsteuer auf Heiz- und Kraftstoffe, solange die Weltmarktlage angespannt ist.
- Keine Mehrwertsteuer mehr auf Grundnahrungsmittel.
- Staatliche Strompreisaufsicht.
- Festes Kontingent an kostenlosem oder kostengünstigem Strom für alle – orientiert an der jeweiligen Haushaltsgröße und als Anreiz zum Energiesparen.
- Festes Mobilitätsgeld anstelle der sozial ungerechten Pendlerpauschale – gleiche Entlastung für alle ab dem ersten Kilometer und für alle Verkehrsmittel.
- Vollständige Übernahme der CO<sub>2</sub>-Abgabe durch die Vermieter.
- Verbot der Strom- und Gassperren, Schuldenschnitt in Härtefällen.
- Wohngeld auf Basis der Bruttowarmmiete, inklusive Warmwasser und Heizkosten.
- Zuschuss an Sozialleistungsbeziehende für energiesparende Haushaltsgeräte.

### Die Energiewende ist nur dann erfolgreich, wenn sie sozial gerecht ist.

Die Vormachtstellung von Großkonzernen in der Energieversorgung muss ein Ende haben. Strom und Wärmenetze gehören in die öffentliche Hand und demokratisch kontrolliert. Die Milliardeneinnahmen des Bundes aus der CO<sub>2</sub>-Abgabe müssen den Bürgerinnen und Bürgern als Klimageld zurück gegeben werden, wie es versprochen wurde!